

Endlich für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen – arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ideen für Sachsen im Rahmen der Bundestagswahl 2017

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 7. April 2017

Information:

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt das Papier zur Kenntnis, wird dieses in die Diskussion zum Bundestagswahlprogramm im Landesverband Sachsen mit einfließen lassen und bittet um Diskussion innerhalb Gliederungen.

Eine abschließende Beratung und Beschlussfassung erfolgt bei der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand im Juni 2017.

Politische Botschaft:

Der Landesvorstand hat für die Diskussion des Bundestagswahlprogrammes, aber auch für die Schwerpunktsetzung im Rahmen der Bundestagswahl in Sachsen beschlossen, dass sich drei Schwerpunkten intensiv zugewandt wird. Europa, Ostdeutschland und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollen dabei sachsenspezifisch bearbeitet werden um die Themen anknüpfungsfähiger zu machen und besondere Problemlagen für Sachsen herauszuarbeiten.

Weiterhin wurde sich verständigt, dass das Thema Mieten in der Art aufbereitet werden soll, dass insbesondere das Spannungsverhältnis der Problematik zwischen Großstädten und ländlicheren Räumen herausgearbeitet wird.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

f.d.R.

Dresden, den 7. April 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

1 **Endlich für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen**

2 Über ein Vierteljahrhundert nach der Wende ist es leider immer noch ein ostdeutsches Markenzeichen,
3 dass die neuen Bundesländer mit ihren Regionen hinsichtlich der Arbeitsmarktbedingungen und der
4 sozialen Lage nahezu flächendeckend schlechter abschneiden als die Regionen im Westen.

5 Die Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und nach Gleichwertigkeit im Empfinden der
6 Menschen im Osten ist nach wie vor präsent, wenn auch nicht in jedem Kopf oder auch anders als man
7 vielleicht vermutet, dahingehend, dass sich viele mit dem Abstand zum Westen abgefunden haben.
8 Gleichwohl ist es geboten, nicht der Sichtweise zu erliegen, dem Westen gehe es in Gänze besser als
9 dem Osten. Nicht unerheblich wenige westdeutsche Regionen haben eine Deindustrialisierung erlebt,
10 bedingt auch durch den Strukturwandel, und danach den Anschluss nicht mehr gefunden, wenn man
11 etwa an Regionen wie das Ruhrgebiet denkt. Ebenso gibt es ländliche westdeutsche Regionen, die schon
12 immer strukturschwach waren.

13 Somit betrifft die Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen die gesamte Bundesrepublik, ein
14 Ausspielen Ost gegen West muss verhindert werden. Ostdeutsches Charakteristikum ist aber eine
15 vereinigungsbedingte sozioökonomische Benachteiligung, die im Alltag vieler Menschen eine Rolle spielt
16 und die einen Anwalt braucht.

17

18 ***Spaltung am Arbeitsmarkt hält an***

19 Vollzeitbeschäftigte Sächsinnen und Sachsen verdienen durchschnittlich 28 Prozent weniger als
20 westdeutsche Vollzeitbeschäftigte.

21 Erschreckend ist zudem das enorme Lohngefälle innerhalb Deutschlands. So verdienen
22 sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte beispielsweise im Erzgebirgskreis, als dem Landkreis mit
23 den niedrigsten Löhnen deutschlandweit, mit einem Medianentgelt von 2.036 Euro brutto noch nicht
24 einmal die Hälfte wie Beschäftigte in Hochlohnregionen im Westen.

25 Angesichts dieser deutlichen regionalen Lohnunterschiede kann nicht von gleichwertigen
26 Lebensverhältnissen in Deutschland gesprochen werden. Zwar gibt es auch im Westen regionale
27 Disparitäten und Niedriglohnregionen. Flächendeckend sind Niedriglöhne aber ein Markenzeichen der
28 neuen Bundesländer und dies über ein Vierteljahrhundert nach der Wende. 39,7 Prozent der sächsischen
29 Vollzeitbeschäftigten arbeiten zu einem Niedriglohn, dies liegt über dem ostdeutschen Anteil von 36
30 Prozent und sehr deutlich über dem westdeutschen Wert von 16,6 Prozent.

31 Umso beschämender ist es, dass die sächsische Wirtschaftsförderung und auch einzelne sächsische
32 Landkreise viele Jahre mit den niedrigen Löhnen im Rahmen ihrer Ansiedlungspolitik bei Unternehmen
33 geworben haben.

34 Das Argument, dass die Lebenshaltungskosten in Niedriglohnregionen geringer seien, ist ein
35 Scheinargument, um den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Im Erzgebirgskreis kostet ein Auto
36 oder der Einkauf im Supermarkt eben nicht die Hälfte weniger wie in Hochlohnregionen.

37

38 Die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen liegt in Sachsen bei 10,6 Prozent, bundesweit bei 7,8 Prozent.
39 Besonders hoch ist die Armutsgefährdung in der Altersgruppe von 18 bis unter 25 Jahre mit 39,8 Prozent.
40 Sie liegt deutlich höher als bundesweit mit 25,5 Prozent. Insbesondere junge Menschen sind häufig von
41 niedrigen Löhnen und Befristungen betroffen.

42 Sachsen verfügt mit 3,2 Prozent über einen höheren Leiharbeitsanteil an der Gesamtbeschäftigung wie
43 im bundesweiten Schnitt mit 2,7 Prozent. Immer mehr Beschäftigte gehen mehreren Jobs nach. Waren es
44 im Jahr 2003 in Sachsen 41.180, sind es im Jahr 2016 79.750 gewesen.

45 Charakteristisch für den Freistaat Sachsen sind zudem der deutliche Verlust von Arbeitsplätzen und der
46 auch damit verbundene Bevölkerungsrückgang. Gab es im Jahr 1991 in Sachsen 2.135.000 Millionen
47 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sind es 2015 noch 1.797.200 gewesen, 337.800 weniger (-15,82

48 Prozent). Lag die Bevölkerungszahl Sachsens zum 3. Oktober 1990 noch bei 4.807.535 sind es 2015
49 noch 4.084.851 Sächsinen und Sachsen gewesen, 722.684 weniger (- 15,03 Prozent).
50 Besonders bitter ist, dass viele Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe, mit guten Arbeitsbedingungen
51 und Mitbestimmungsstrukturen, verloren gegangen sind. Hingegen sind neu entstandene Arbeitsplätze im
52 Dienstleistungsbereich oft von prekärer Beschäftigung wie Minijobs, Teilzeit und niedrigen Löhnen
53 gekennzeichnet. Den enormen Wegfall von Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe mit dem
54 Strukturwandel erklären zu wollen ist verfehlt, da der Beschäftigungsabbau überproportional stark
55 ausfiel.
56 Vielmehr war dies die Folge eines grundsätzlichen Problems der Industriestruktur in den neuen
57 Bundesländern. Viele ostdeutsche Betriebe wurden und werden als verlängerte Werkbänke betrieben, oft
58 ohne eigene Forschungs- und Entwicklungsbereiche. Die Aufwendungen der ostdeutschen Industrie für
59 Forschung und Entwicklung liegen allgemein deutlich unter dem Niveau westdeutscher Betriebe.

60
61 Im Zuge von Einsparungen und Restrukturierungen traf und trifft es deshalb vor allem die ostdeutschen
62 Standorte. Im Ergebnis muss man feststellen, dass hier die Förder- und Ansiedlungspolitik der
63 Bundesregierung, aber auch die des Landes Sachsen, die falschen Anreize gesetzt hat und nicht von
64 Nachhaltigkeit geprägt war.

65 Die Entwicklung des sächsischen Arbeitsmarktes ist somit alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Zwar
66 ist in den letzten Jahren auch in Sachsen die Beschäftigung wieder gestiegen, Jubelstimmung ist aber
67 nicht angebracht. Die Jobverluste seit Beginn der neunziger Jahre konnten nicht kompensiert werden. Die
68 Folge ist Perspektivlosigkeit für immer noch viel zu viele Menschen. 62.000 erwerbslose Hartz IV -
69 Beziehende in Sachsen bezogen die Leistung Mitte vergangenen Jahres bereits seit 4 Jahren und länger.
70 Ihr Anteil an allen erwerbslosen Hartz IV-Beziehenden lag bei 57,4 Prozent, bundesweit liegt deren Anteil
71 bei „nur“ 48,2 Prozent. Der Anteil der erwerbsfähigen SGB II-Leistungsberechtigten an der
72 Gesamtbevölkerung liegt in Sachsen mit 9,4 Prozent höher als deutschlandweit mit 8 Prozent und in
73 Westdeutschland mit 7,1 Prozent.

74 Die hohe Pendler*innenzahl von Sachsen gen Westen ist nach wie vor die Flucht vor Erwerbslosigkeit und
75 Niedriglöhnen. Oder die Menschen verlassen Sachsen für immer und ziehen der Arbeit hinterher, wovon
76 der hohe Bevölkerungsverlust zeugt. Das Ifo-Institut kam Anfang des Jahres zu der Einschätzung, dass
77 sich die Ost-West-Unterschiede verhärtet hätten und der Aufholprozess in vielen Bereichen zum Stillstand
78 gekommen sei.

79
80 ***Auswirkungen auf die Rente***

81 Laut Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von Anfang dieses Jahres hat das
82 Armutsrisiko in der Gruppe der 65- bis unter 75-Jährigen in Ostdeutschland zwischen 2002 und 2014 um
83 8 Prozent auf 15 Prozent zugenommen, also nahezu eine Verdoppelung, während es in Westdeutschland
84 nur leicht zwischen 12 und 14 Prozent schwankte. Das deutlich steigende Armutsrisiko der Älteren rühre
85 laut DIW daher, dass in den vergangenen Jahren vermehrt Personen in den Ruhestand eingetreten seien,
86 die – auch aufgrund oftmals längerer Erwerbslosigkeit – geringere Altersbezüge erhielten als frühere
87 Rentnerinnen und Rentner. Hinzu komme, dass die betriebliche oder private Altersvorsorge in
88 Ostdeutschland eine eher geringe Rolle spiele.

89 Auch in Sachsen ist die Altersarmut weiter auf dem Vormarsch. Bei der Personengruppe von 65 und älter
90 stieg die Armutsgefährdungsquote von 7,2 Prozent 2005 auf 12,2 Prozent in 2015. Immer mehr
91 Menschen müssen in Sachsen, die im Jahr 2003 eingeführte spezielle Sozialhilfe für Rentnerinnen und
92 Rentner, die sogenannte Grundsicherung im Alter, in Anspruch nehmen. Von 2014 zu 2015 ist deren
93 Anzahl von 11.089 auf 11.660 gestiegen. Im Jahr 2003 waren es erst 6.132 Empfänger*innen der
94 bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter.

95 Für die Zukunft ist ein weiterer Anstieg der Menschen, die die Grundsicherung im Alter beantragen
96 müssen, zu erwarten. Vor allem im Osten haben die durch häufige Erwerbslosigkeit, insbesondere auch
97 Langzeiterwerbslosigkeit, unterbrochenen Erwerbsbiographien zugenommen, die große Löcher in die
98 Rentenansprüche reißen. Diese Generation geht nun nach und nach in Rente, viele direkt aus der
99 Langzeiterwerbslosigkeit.

100 Die Große Koalition hat beschlossen, dass bis 2025 ein einheitliches Rentenrecht in Ost- und
101 Westdeutschland eingeführt werden soll. Damit droht nach dem Willen der Koalition auch die so
102 genannte Umrechnung/Hochwertung der Löhne in Ostdeutschland wegzufallen. Die
103 Umrechnung/Hochwertung kompensiert rentenrechtlich die geringeren Löhne in Ostdeutschland. Der
104 ersatzlose Wegfall würde zu deutlich geringeren Renten ostdeutscher Beschäftigter als bislang führen.

105
106 Die Schlechterstellung ostdeutscher Beschäftigter würde ungefiltert ins Rentenrecht verlängert. Die
107 Angleichung des Rentenwertes Ost an West ist über 25 Jahre nach der Wende längst überfällig. Dass
108 damit aber auch die Umrechnung/Hochwertung der Ost-Löhne gestrichen werden soll, ist nicht
109 akzeptabel. Der Grund der Umrechnung/Hochwertung ist leider immer noch vorhanden. Im Osten wird
110 durchschnittlich deutlich weniger verdient, in vielen Fällen auch bei gleicher Tätigkeit. Die verschiedenen
111 Bundesregierungen haben es über ein Vierteljahrhundert lang versäumt gleiche Entlohnung für gleiche
112 Tätigkeiten sicher zu stellen. Die Umrechnung/Hochwertung der Ost-Löhne hat somit eine wichtige
113 sozialpolitische Ausgleichsfunktion, die nicht einfach ersatzlos abgeschafft werden kann. Das ist keine
114 Bevorteilung der ostdeutschen Beschäftigten, sondern ein Ausgleich dafür, dass sie am Arbeitsmarkt
115 immer noch benachteiligt werden, nur weil sie im Osten arbeiten.

116

117 ***Gute Arbeit und auskömmliche Renten: Perspektiven für Sachsen schaffen***

118 Nach wie vor ist die Hauptfrage für Sachsen, wie mehr gute Arbeit geschaffen werden kann, so dass
119 die Menschen hier ihre Zukunft sehen.

120

121 Dazu braucht es:

122 ■ Eine Wirtschaftsförderung, die Unterstützungsleistungen für Unternehmen an gute
123 Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel tarifliche und existenzsichernde Entlohnung, koppelt und
124 nicht prekäre Beschäftigung fördert.

125 ■ Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Arbeitsverhältnissen.
126 Durch diesen ÖBS würden zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, die einerseits insbesondere den
127 vielen sächsischen Langzeiterwerbslosen eine berufliche Perspektive eröffnen, andererseits
128 könnten damit wichtige gesellschaftliche Aufgaben erledigt werden.

129 ■ Einen Mindestlohn von 12 Euro, um Armut zu bekämpfen. Viele sächsische Beschäftigte würden
130 davon profitieren.

131 ■ Die weitere Angleichung der Löhne durch Stärkung von Tarifverträgen und Tarifbindung,
132 insbesondere durch verbesserte Regelungen zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von
133 Tarifverträgen.

134 ■ Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit. In einem
135 ersten Schritt muss das Prinzip gleiches Geld für gleiche Arbeit ab dem ersten Einsatztag
136 umgesetzt werden, die Verleihdauer auf wenige Monate begrenzt und eine Flexibilitätszulage in
137 Höhe von 10 Prozent des Bruttolohnes eingeführt werden. Langfristig ist Leiharbeit zu verbieten.

138 ■ Streichung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung.

139 ■ Die Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige existenzsichernde Beschäftigung.

140 ■ Die Angleichung des Rentenwertes Ost an West, unter Beibehaltung der
141 Umrechnung/Hochwertung der Ost-Löhne, bis das Niveau der West-Löhne erreicht ist.

- 142
- 143
- 144
- 145
- 146
- 147
- 148
- Die Stärkung der gesetzlichen Rente, unter anderem durch Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, Abschaffung der Kürzungsfaktoren und der Rente erst ab 67 sowie die Einführung einer Solidarischen Mindestrente, die ein Leben in Würde im Alter ermöglicht.
 - Der Hartz IV-Regelsatz ist kurzfristig auf 560 Euro im Monat anzuheben. Grundsätzlich muss das Hartz IV-System abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die wirklich vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Entsprechend des Entwurfs des LINKEN Programms zur Bundestagswahl muss die Höhe derzeit 1.050 Euro betragen.